

Ausführungen von Herrn Dr. Klaus Engel,
Präsident des Verbandes der Chemischen Industrie und
Vorsitzender des Vorstands der Evonik Industries AG
am 29. Oktober 2010 an der Ruhr-Universität in Bochum

(Es gilt das gesprochene Wort)

**Die Renaissance der Old Economy:
Deutschland als Vorsprungsgesellschaft**

Sehr geehrter Herr Rektor, Prof. Weiler,
sehr geehrte Damen und Herren,

ich bedanke mich für die Einladung.

Sie ist für mich eine besondere Ehre schon deswegen, weil ich ja hier, an dieser
Universität studiert und promoviert habe.

Wenn man dann wieder im Audimax steht, diesmal aber nicht als Zuhörender,
sondern als Vortragender, dann spürt man doch eine Mischung aus
Dankbarkeit, Verpflichtung, Anspruch und Nostalgie.

Dankbarkeit, weil jeder von uns in seiner ganz persönlichen Entwicklung von
einem Umfeld abhängig ist, das einen fördern oder bremsen kann, das ermutigt
oder frustriert, das einen demotiviert oder antreibt und
zu eigenen, höheren Leistungen befähigt.

In dieser Hinsicht habe ich dieser Universität und meinen früheren Lehrern viel
zu verdanken. Deshalb bin ich heute hier, weil ich auch etwas zurückgeben will.

Wie viele von Ihnen bin auch ich ein Kind des Ruhrgebiets.

Uns werden verschiedene gute und weniger schmeichelhafte Eigenschaften
nachgesagt.

Ehrlichkeit bis zur Sturheit, das Herz am rechten Fleck zu haben, Leichtfüßigkeit
und Leichtgewichtigkeit jedenfalls gehören nicht dazu.

Das Ruhrgebiet ist einer der ersten globalen kulturellen Schmelztiegel der modernen Industriegesellschaft, und heute zeichnen sich diese Region und ihre Menschen aus durch Weltoffenheit, aber auch durch ein besonderes Zusammengehörigkeitsgefühl, durch Verbundenheit mit der Region, ihren Eigenheiten und Besonderheiten.

Integration, das Miteinander verschiedenster Kulturen und ethnischer Gruppen ist hier seit über 100 Jahren gelebter Alltag.

Wenn wir etwas anfangen, hören wir nicht auf, wenn es schwierig wird.

Wir laufen nicht davon, sondern stellen uns den Herausforderungen und gehen konsequent weiter unseren Weg.

Das gibt uns einen Vorsprung vor denen, die stehen bleiben.

Woanders wurde das mal „Yes we can“ genannt. Deutschland braucht diese Mentalität mehr denn je.

Wir alle wissen, dass wir vieles ändern müssen, damit es so gut bleibt, wie es trotz aller notwendigen Kritik in diesem Lande doch ist.

Ich denke nicht, dass es richtig ist, vor den Herausforderungen einer globalen Welt davon zu laufen und sich irgendwo anders einen Ort zu suchen, an dem es scheinbar leichter ist.

Ich denke auch nicht, dass die Zukunft den globalen Nomaden gehört.

Ich bin davon überzeugt, dass wir unsere Stärken und unsere Schwächen selbstkritisch, aber ohne Minderwertigkeitskomplexe analysieren sollten, dass wir unsere bisherigen Leistungen auf den Prüfstand stellen müssen um herauszufinden, wo wir korrigieren, verändern, auch verwerfen müssen, und was wir noch besser stärken und ausbauen sollten.

Wir haben dazu ein Modell, über das größtenteils Konsens besteht: Das Modell der sozialen Marktwirtschaft.

Und damit geht es so ähnlich wie im Ruhrgebiet mit der Integration: Nicht ohne Probleme – aber ohne Alternative!

Über die notwendige Erneuerung dieses deutschen Konsensmodells möchte ich heute sprechen.

Meine These für den heutigen Nachmittag lautet:

Immer mehr soziale Gruppen unserer Wohlstandsgesellschaft verhindern vielfach mit der Verteidigung des Status Quo den Fortschritt und die Erneuerung auf allen Ebenen. Wenn wir im Interesse zukünftiger Generationen jetzt nicht die Weichen stellen

- für eine nachhaltige, Ressourcen schonende Wirtschaftspolitik und
- eine Industriepolitik, die die Erneuerung unserer industriellen Basis ermöglicht und dadurch unterstützt statt verhindert,

dann wird Deutschland als Vorsprungsgesellschaft seine globale Wettbewerbsfähigkeit und auch seine soziale, integrative Kraft und Balance verlieren.

Wir müssen einen offenen, engagierten Dialog führen,

- für die Erneuerung unserer sozialen Marktwirtschaft,
- aber vor allem, um unseren Vorsprung in Sachen Lebensqualität, sozialer Sicherheit und technologischer Erneuerung zu halten.

Damit uns das gelingt, müssen wir einen Mittelweg zwischen gesellschaftlicher Fundamental-Skepsis und industrieller Machbarkeits-Euphorie finden.

Meine Damen und Herren,

die jüngste Entwicklung zeigt vor allem eins:

Unser Modell Deutschland – die soziale Marktwirtschaft – hat die tiefgreifende Wirtschafts- und Finanzkrise besser bewältigt als die Wirtschaftssysteme vieler anderer Industrie- und Schwellenländer der Welt.

Die Finanzkrise hat Deutschland zwar erschüttert, aber nicht zugrunde gerichtet.

Wir waren durch rechtzeitige harte Einschnitte - bekannt unter dem Stichwort Agenda 2010 - besser gewappnet. Nach einem gewaltigen Rückschlag hat die deutsche Wirtschaft wieder deutlich Fahrt aufgenommen.

Mittlerweile prognostizieren einige Wirtschaftsforschungsinstitute und selbst die Bundesregierung das Wachstum auf 3,5 Prozent. Solch ein starkes Wachstum gab es zuletzt vor der Wiedervereinigung.

Dieser Erfolg liegt einerseits am starken Export, der vor allem von Aufträgen aus Asien und den Schwellenländern angetrieben wird, aber auch am langsam steigenden Binnenkonsum.

Mit Bewunderung, teilweise mit Neid, blickt die Welt auf die kraftvolle Konjunkturerholung in unserem Land:

- Die Herald Tribune titelt „Deutschland besiegt die Krise“,
- der französische Präsident Sarkozy bewundert das „deutsche Modell“.

Deutschland hat eine Vorbildfunktion übernommen. Vorbild durch Vorsprung – das ist unsere Stärke. Dazu gehören auch Werte wie Verantwortung und Leistungsbereitschaft.

Politiker und Entscheidungsträger aus aller Welt fragen:

- Wie machen die Deutschen das?
- Was können wir aus dem neuen deutschen Wirtschafts-Wunder lernen?
- Die Bundesregierung hat offenbar doch nicht so viel falsch gemacht, wie viele Kritiker aus der Wirtschaft und dem Ausland meinten: die beiden Konjunkturpakete der Bundesregierung haben sich am Ende positiv ausgewirkt.
- Auch die deutsche Erfindung des Kurzarbeitergeldes half mit, die Arbeitslosigkeit in der Rezession in Grenzen zu halten.

Noch wichtiger aber als die kurzfristigen, krisenbedingten Maßnahmen ist, dass die deutsche Exportnation in den vergangenen zehn Jahren ihre Wettbewerbsfähigkeit deutlich verbessert hat:

- Nach dem Platzen der New-Economy-Blase Anfang des Jahrzehnts wurden viele Unternehmen restrukturiert und wieder fit gemacht.

- Viele Unternehmen hatten bereits bevor die Krise losging, Kosten gesenkt, sich auf ihr Kerngeschäft fokussiert und ihre Eigenkapitalquote in Ordnung gebracht.

Das Erfolgsgeheimnis dieses starken Sommers ist ein Mix aus Kostensenkung, Flexibilisierung sowie Investitionen in Köpfe und Know-how.

Erstens Kosten:

- Der wichtigste Erfolgsfaktor der deutschen Wettbewerbsfähigkeit auf den Märkten der Welt beruht auf den enormen Produktivitätsfortschritten der deutschen Industrie. Daran hatte die disziplinierte Lohnzurückhaltung der Gewerkschaften einen entscheidenden Anteil.

Laut einer Studie der EU-Kommission stiegen die realen Lohnstückkosten in Deutschland seit 1999 nur um 5,4 Prozent.

Zum Vergleich: in Griechenland sind die Lohnstückkosten im gleichen Zeitraum aufgrund hoher Lohnsteigerungen um über 40 Prozent gestiegen.

Fazit des Magazins „The Economist“: Deutschland habe seine Konkurrenzfähigkeit, ich zitiere, „erbarmungslos“ gesteigert.

Der zweite Faktor für den Erfolg der deutschen Wirtschaft ist die Flexibilisierung:

- Flächentarifverträge, die in den Achtziger- und Neunzigerjahren noch Löhne, Arbeitszeiten und Urlaubsregelungen bis in das kleinste Detail regelten, haben heute eher die Funktion von Korridoren übernommen.
- Innerhalb dieser Leitplanken haben die Unternehmen deutlich flexiblere Möglichkeiten, auf Betriebsebene individuelle Lösungen zu erarbeiten.
- Darüber hinaus erlauben Öffnungsklauseln im Extremfall Abweichungen von der Norm und machen Unternehmen wendiger - auch zum Nutzen der Arbeitnehmer.

Der dritte deutsche Erfolgsfaktor sind Investitionen in Köpfe und Know-how:

- Anders als in vergangenen Zeiten haben die deutschen Unternehmer in der jüngsten Krise nicht sofort ihre qualifizierten Mitarbeiter aus Kostengründen entlassen, sondern haben erfolgreich ihre Stammebelegschaften erhalten und durch die Krise gebracht.
- Es war eine wesentliche Erfahrung vergangener Konjunkturerinbrüche, dass die Mitarbeiter dann fehlten, als der Aufschwung zurückkam. Zum Festhalten an der Stammebelegschaft trug auch wesentlich die Ausweitung des Kurzarbeitergeldes bei.
- Nun können die Unternehmen im Aufschwung aus dem Vollen schöpfen.
- Dazu kommt: Die deutschen Unternehmen haben gespart, aber nicht an Innovationen. Die Ausgaben für Forschung und Entwicklung blieben im Krisenjahr 2009 stabil bei 57 Milliarden Euro.
- Dieses antizyklische Verhalten war notwendig, denn gerade die Innovationsfähigkeit und -geschwindigkeit ist die potentielle Achillesferse der deutschen Wettbewerbsfähigkeit.
- Allein die chemische Industrie hat in Deutschland mitten in der Krise mehr als 8 Milliarden Euro für Forschung ausgegeben.
- Das zahlt sich nun aus: So hat die OECD die Bundesrepublik auf Platz vier der weltweiten Innovationsführer gesetzt.

Sehr geehrte Damen und Herren,

- hat sich das deutsche Modell der sozialen Marktwirtschaft erneut als überlegen erwiesen?
- Hat es den Rahmen geschaffen, dass die deutsche Industrie stark genug blieb, um die Krise gut zu bewältigen?

Wenn wir heute über Industriepolitik sprechen, dann sollten wir einen Blick auf die Erfahrungen der vergangenen Jahrzehnte werfen:

Maßgeblich für den mittlerweile 60-jährigen Erfolg der export- und wissensorientierten bundesdeutschen Wirtschaft ist die Durchdringung der Marktwirtschaft mit sozialen Komponenten.

Die Kunst des rheinischen Modells besteht darin, dass es gesellschaftliche, soziale und wirtschaftliche Einflussmöglichkeiten für Arbeitnehmer und Verbraucher erweitert, ohne dabei die Eigentumsverhältnisse und Allokationsleistung des Marktes außer Kraft zu setzen.

Doch die Grundlagen des rheinischen Modells wurden im Laufe der 80er und 90er Jahre des letzten Jahrhunderts zunehmend in Frage gestellt: durch das Ende des Kalten Krieges, die Globalisierung und die zunehmende Individualisierung der Gesellschaft.

In dieser Zeit standen im Mittelpunkt die Deregulierung sowie die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit des Finanzplatzes und Wirtschaftstandortes Deutschland.

Man kann sogar so weit gehen und sagen: Die **Finanzmärkte** diktierten nun die Bedingungen der Wettbewerbsfähigkeit und setzten die Regeln, denen sich jeder Manager beugen musste. Der Aktienkurs wurde das allein bestimmende Kriterium in dieser Zeit. Das Festhalten an Produktion und Produkt war irgendwie: altmodisch geworden.

- Vor 30 Jahren machte Margret Thatcher Großbritannien zum Mutterland der Deregulierung und führte die Revolution des angelsächsischen Finanzkapitalismus und der Dienstleistungsgesellschaft ein. Mit dem Ausbau der Finanzindustrie wurden die Briten scheinbar zum Vorreiter der globalisierten Wirtschaft in Europa.
- Was dabei übersehen wurde: Die Londoner City hatte großen Anteil an den gewagten Konstruktionen von komplexen Finanzprodukten, schaufelte Kapital ins Land und erwirtschaftete hohe Steuereinkommen und Wohlstand.
- Es ist schon erstaunlich, wie heute in Großbritannien eine heftige Debatte darüber geführt wird, ob die De-Industrialisierung der Wirtschaft in den 80er und 90er Jahren nicht zu weit gegangen ist.

Meine Damen und Herren,

es gibt ernstzunehmende Stimmen, die sagen, dass sich das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts in den USA und in Großbritannien während der vergangenen 30 Jahre weitgehend als Illusion herausstellen wird, weil es hauptsächlich im Finanzbereich erwirtschaftet wurde. Heute bemüht sich Großbritannien wieder um eine Art Renaissance der produzierenden Industrie.

Wir sollten jetzt nicht mit dem Finger auf die USA oder Großbritannien zeigen.

Auch wir haben Fehler gemacht in Deutschland und im Ruhrgebiet.

Auch wir haben uns gelegentlich einlullen lassen von den Versprechungen, dass eine Dienstleistungsgesellschaft alle Probleme einer angeblich überkommenen Industriegesellschaft lösen kann.

- Zwar gibt es unbestreitbar große Erfolge des Strukturwandels gerade in unserer Region, doch hat sich herausgestellt, dass Dienstleistungen ohne eine industrielle Basis die strukturellen Probleme nicht weit genug und umfassend genug lösen können.
- Ein interessantes Beispiel für die Einsicht in die Notwendigkeit einer industriellen Basis ist der „Masterplan für die Industriestadt Berlin“, den der Senat von Berlin aufgestellt hat. Die Kreativwirtschaft allein mag chic sein, aber das Gros an Gewerbesteuer zahlt die Industrie.
- Mit der Wirtschafts- und Finanzkrise zog wieder Ernüchterung ein: Ohne eine gesunde und zukunftsfähige industrielle Basis lassen sich viele Dienstleistungen und Kreativitätsindustrie nicht am Leben erhalten.
- Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit einer Region hängen von Unternehmen ab, die in regionalen Netzwerken gemeinsam und arbeitsteilig an neuen Ideen und Produkten arbeiten.
- Ob Dienstleistung oder Industrieprodukt: Entscheidend ist die Verankerung und Einbindung in eine übergreifende Wertschöpfungskette.
- Dies kann eine Wertschöpfungskette in einer modernen Technologiebranche sein – oder eben die Verknüpfung von Bergbau, Eisen- und Stahlerzeugung, wie wir sie aus dem Ruhrgebiet kennen – und die erstaunlich innovative und umweltschonende Lösungen hervorbringen, doch dazu später mehr.

Meine Damen und Herren,

dass industrielle Produktion nichts mit Dienstleistungen, Kreativität, neuen Arbeitsformen und der Wissensgesellschaft zu tun hätte, ist ein großes Missverständnis und ein falsch konstruierter Gegensatz. Mit einem solchen Denken verhindern wir eine zukunftsorientierte, integrierte Industriepolitik.

Vielmehr gilt: Dienstleistungen sind nur dann erfolgreich, wenn sie rund um gesunde industrielle Kerne entstehen und von diesen getrieben werden. So werden viele der neuen Dienstleistungen rund um Produkte entwickelt.

Nehmen Sie nur das iPhone von Apple:

- Es ist nicht nur eines der erfolgreichsten Produkte im Bereich der Telekommunikation und Computerindustrie dank seiner einfachen Bedienung und seines trendigen Designs.
- Der eigentliche Schlüssel für den phänomenalen Erfolg dieses Produktes liegt in den Diensten und Applikationen, neudeutsch den „Apps“, die rund um dieses Produkt entwickelt wurden und die es zum zentralen Zugangportal zu allen möglichen Inhalten von Entertainment, Kommunikation und Navigation gemacht haben.

Ist Apple nun ein Computer - oder ein Dienstleistungsunternehmen?

- Das Beispiel Apple zeigt idealtypisch, dass immer mehr Dienstleistungen ein klassisches Industrieprodukt entstehen lassen.
- Das Beispiel Apple beschreibt die Zukunft unserer Produktionsweise besser als die Illusion, wir werden künftig unser Brot nur noch mit der Schöpfung virtueller Werte im Internet bezahlen können.
- Es ist nicht die digitale Boheme im Berliner Trendbezirk Prenzlauer Berg und es sind nicht die Browser und werbefinanzierten Suchmaschinen, die die Zukunft unserer Industrielandschaft ausmachen.
- Auch von Piercingstudios und Reisebüros alleine wird die deutsche Volkswirtschaft nicht leben können.

Das muss uns allen klar sein.

Meine Damen und Herren,

eine moderne, integrierte Industriepolitik, die Innovationen, Kreativität, Wettbewerbs- und Leistungsfähigkeit zusammenbringen will, muss ohne ideologische Vorurteile auskommen.

- „Noch vor 5 Jahren“, sagte der ehemalige EU-Kommissar Günter Verheugen, „war Industriepolitik in Europa ein unanständiges Wort, im Englischen ein four letter word. Es herrschte die Vorstellung, wir wären bereits in ein postindustrielles Zeitalter eingetreten und das, was an Industriearbeit noch notwendig ist, würde außerhalb Europas zu machen sein.“

Diese Vorstellung war ein schwerer Irrtum – das ist auch eine Lehre aus der Finanz- und Wirtschaftskrise. Industriepolitik – und das wissen wir hier im Ruhrgebiet nur zu gut – darf aber auch keine Staatswirtschaft sein. Sie sollte auf unternehmerischer Freiheit basieren und nicht auf Vorgaben von der Politik.

Industriepolitik darf schon gar nicht zur Konservierung unrentabler Strukturen führen. Industrielle Kerne sind nicht zum Null-Tarif zu haben.

Manchmal, so fürchte ich, nimmt man die industriellen Kerne als selbstverständlich hin und geht mit Ihnen zu leichtfertig um. Davor kann ich nur warnen. Der Aufbau industrieller Kernkompetenzen dauert mehrere Generationen und mehrere Jahrzehnte. Das bedeutet, was weg ist, ist praktisch für immer weg. Diese bittere Erfahrung hat Deutschland in mehreren Industriezweigen machen müssen.

Die einst führende Unterhaltungselektronik ist bis auf wenige eher nostalgische Reste im Zuge der digitalen Revolution verschwunden.

Es geht nicht nur um Fernseher. Auch Computer, Bildschirme, Handys werden bekanntlich in Deutschland nicht mehr hergestellt und es besteht kaum eine Chance, diese Produktion zurückzuholen. Auch die chemische Industrie, die ich einigermaßen gut beurteilen kann, beobachtet, wie weltweit riesige neue Anlagen und Verbundkomplexe aufgestellt werden.

Gerade in der Chemie entwickeln sich große Anlagenkomplexe um bestimmte Kernprozesse. An der Chemie hängen Wertschöpfungsketten bis weit in den Automobil- und Maschinenbau hinein.

Neue Materialien, Vorprodukte und Problemlösungen sind ein bedeutender Impulsgeber für Produkte und Verfahren in vielen anderen Branchen. Wer diese Kernprozesse betreibt, bündelt um sich große Agglomerationen anderer

Industrien, die oberflächlich betrachtet zunächst nur wenig mit dem Kernprodukt zu tun haben.

Die weltweit großen chemischen Anlagen, die in den nächsten fünf bis zehn Jahren am Golf und in Asien in Betrieb gehen, haben durchaus einige Wettbewerbsvorteile. Sie sind näher an den Wachstumsmärkten der Zukunft. Ihre Rohstoffversorgung liegt vor deren Tür. Ihre Energiekosten sind vielfach günstiger.

Und gerade Energie ist einer der wichtigsten Ressourcen der chemischen Industrie. In Deutschland sind unsere Energiekosten ein Wettbewerbsnachteil.

Deshalb begrüße ich den Anfang der Woche erzielten Ökosteuer-Kompromiss. Er ist ein Signal der Vernunft, um Wertschöpfungsketten und Beschäftigung in Deutschland zu halten. Die Belastungen aus der Ökosteuer wurden zwar entschärft. Dennoch zahlt die Chemie höhere Energiesteuern als bisher. Und andere Kosten im Energiebereich wachsen zudem weiter, z.B. durch die erhöhte EEG-Umlage.

Meine Damen und Herren,

ich bin kein Anhänger der einen oder anderen Energiequelle, auch wenn wir historisch eng mit dem Bergbau verbunden sind. Ich sehe das unideologisch und ganz und gar pragmatisch.

Aber: In absehbarer Zeit können wir zu Preisen, die unsere Industrie wettbewerbsfähig halten, nicht auf einen breiten Energiemix verzichten. Das mag in 40 oder 50 Jahren anders sein. Wir aber leben im hier und heute. Und hier und heute müssen wir die Preise bezahlen, die letztlich entscheiden, ob wir weiter produzieren können oder nicht.

Es wird in der aktuellen Energiedebatte etwas zu wenig auf die Bedürfnisse der Industrie und der Arbeitsplätze Rücksicht genommen. Gerade in der Chemie weiß man, dass es Jahrzehnte dauert, bis aus einer Erfindung im Labor eine breite Industrie erwächst.

Das gilt umso mehr für Infrastrukturnetze, wie sie die Energieindustrie benötigt.

Man sollte, und das habe ich auch hier in den Labors dieser Universität gelernt, Theorien und Modelle entwickeln und daran forschen. Aber man darf eine visionäre Idee nicht mit der industriellen Wirklichkeit verwechseln. Man darf daher vorhandene Strukturen nicht einfach ersatzlos zerschlagen und

gleichzeitig hoffen, es werde bis dahin schon irgendwie neue, einsatzbereite Technologien zu vernünftigen Preisen und mit einer breiten gesellschaftlichen Akzeptanz geben.

Man muss die Zukunft in Gedanken vorweg nehmen, darf dabei aber nicht die Sicherheit der Energieversorgung für unsere industriellen Prozesse leichtfertig aufs Spiel setzen.

Womöglich werden wir in 50 Jahren keine fossilen Brennstoffe mehr verfeuern. Wie der Energiemix in Deutschland und Europa dann realistischerweise aussieht, wissen wir aber heute genau auch nicht.

Investitionen, die oft eine jahrzehntelange Amortisationsdauer haben, wie die Großanlagen der Chemie und Energiewirtschaft, brauchen aber mehr als ein „man könnte ja irgendwann einmal“.

Planungssicherheit ist eine wichtige unabdingbare Voraussetzung für Investitionen, Wachstum und Beschäftigung. Gewissermaßen das Fundament, auf dem wir investieren: Das gilt für Stuttgart 21 ebenso wie für den deutschen Steinkohlebergbau. Wenn verbindliche Regierungszusagen und sogar Bundesgesetze plötzlich in Frage gestellt werden, wackelt die Grundlage für jegliches wirtschaftliches Handeln: Die Verlässlichkeit politischer Zusagen.

Meine Damen und Herren,

Deutschland gehört zu den wenigen entwickelten Ländern, die noch über eine nennenswerte industrielle Basis verfügen. Die Industrie ist der Motor und Treiber der jetzigen wirtschaftlichen Erholung. Wir müssen alles daran setzen, unsere industriellen Stärken auszubauen.

Dazu braucht es eine moderne Infrastruktur, die alles umfasst, von der Energie über den Verkehr bis hin zur Bildung, aber natürlich auch industrielle Anlagen.

In der aktuellen Debatte um Stuttgart 21 wird deutlich, dass die üblichen Planungs- und Genehmigungsverfahren auf den Prüfstand müssen.

Die allgemeine Klage über komplizierte Planungsverfahren und sich hinziehende Genehmigungsprozesse ist nicht neu, bedauerlicherweise ist sie immer noch aktuell und begründet.

Solche Verfahren dauern zu lange, sind zu bürokratisch und auch zu teuer.

Nach der deutschen Einheit hat die Politik die Weichen richtig gestellt: Für die neuen Bundesländer wurde bereits im Dezember 1991 ein Gesetz zur Beschleunigung der Verkehrswegeplanung erlassen. Dieses Gesetz war die entscheidende Grundlage, um die marode Verkehrs-Infrastruktur in Ostdeutschland schnell zu modernisieren. Das Gesetz war ursprünglich befristet und ist nach zweimaliger Verlängerung im Dezember 2006 ausgelaufen.

Die damalige große Koalition hat als Anschluss-Regelung ein Gesetz zur Beschleunigung von Planungsverfahren für Infrastrukturvorhaben beschlossen.

Die Politik hat den Handlungsbedarf durchaus erkannt.

Aus meiner Sicht sind die Regelungen allerdings noch nicht ausreichend.

Die Verfahren sind weiterhin zu umständlich und zu aufwändig.

Mir geht es dabei ausdrücklich nicht darum, Anhörungs- und Beteiligungsrechte einzuschränken. Im Gegenteil: So wie Verbände und andere Träger öffentlicher Belange angehört werden, so muss es künftig bei Großprojekten wohl neue Formen der Bürgerbeteiligung geben.

Die Bürger haben einen Anspruch auf Transparenz und ein Recht auf Partizipation.

Aber nicht minder hat ein Unternehmen einen Anspruch auf Planungssicherheit und die Erwartung, dass rechtlich korrekt beschlossene Projekte dann auch realisiert werden.

Meine Damen und Herren,

es geht insgesamt um eine moderne Industriepolitik.

Was macht eine moderne Industriepolitik heute aus?

- Es geht um die Förderung von Wachstum und Beschäftigung und um die Verbesserung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit.
- Dazu brauchen wir vor allem drei Dinge: Forschung, Bildung und Investitionen.
- Nötig ist eine technologische Vision. Die Schlüsseltechnologien der Zukunft müssen identifiziert und gefördert werden. Dazu gehören nicht

nur die Mikroelektronik und Nanotechnologie, sondern auch die Biotechnologie sowie neue, innovative Werkstoffe.

- Die Forschung muss gestärkt werden. Zu einer modernen Industriepolitik gehört heute neben der Projektförderung von Schlüsseltechnologien auch eine steuerliche Forschungsförderung. Andere Länder haben dies längst erkannt.
- Wir brauchen noch mehr Investitionen in die Bildung und die Infrastruktur unseres Landes.

Und nicht zu vergessen: Die Rahmenbedingungen für die klassische Industrie dürfen nicht infrage gestellt werden; es gilt, sie zu verbessern.

Die Old Economy, wenn Sie so wollen, ist es doch, die jetzt den Wagen aus dem Dreck zieht: Die Industrie

- investiert,
- stellt ein,
- wächst,
- revolutioniert mit ihren Innovationen

und

- gleicht volkswirtschaftlich den stark schwächelnden Bankensektor aus.

Trotz aller Versuchungen möchte ich mich nicht der neuen Mode anschließen, zu unterscheiden zwischen

- der „guten“ Realwirtschaft und Industrie, die handfeste, bleibende Werte schafft und
- dem „bösen“ Finanzsektor, der diese mit den Mitteln der gierigen Spekulation vernichtet.

Eine funktionsfähige Wirtschaft braucht selbstverständlich einen funktionsfähigen Finanzmarkt. Kein mittelständisches oder großes Unternehmen

in Deutschland, das auf den internationalen Märkten erfolgreich sein will, kann heutzutage auf die modernen Instrumente des Kapitalmarktes verzichten, wenn es darum geht, Investitionen zu realisieren und abzusichern.

Die modernen Instrumente des monetären Risikomanagements haben – bei allem Reformbedarf bei der zu tage getretenen Casino-Mentalität mancher Banken – deshalb nach wie vor ihre Berechtigung.

Aber: Preise für Rohstoffe, Nahrungsmittel und Währungen müssen wieder in erster Näherung das Resultat von Angebot und Nachfrage liquider Weltmärkte sein, und eben nicht das Ergebnis einer künstlich erzeugten Volatilität mit spekulativem Hintergrund.

Dennoch: Eine Industriepolitik, die jetzt populistisch den Finanzmarkt als Ganzes zum Sündenbock aufbaut und die heimische Industrie protektionistisch schützen will, übersieht, dass die Globalisierung nicht zurück zu drehen sein wird.

Was bislang in den vergangenen Jahren unter dem Stichwort der Globalisierung sich immer mehr verdichtete, ist nun zu einer real erfahrbaren Gewissheit geworden: Es gibt unter den aktuellen Bedingungen keine Chance für regional entkoppelte Wirtschafts- oder Konzernstrategien. Dafür sind die totale Realtime-Vernetzung der globalen Wirtschaft und die Synchronizität der Märkte zu weit fortgeschritten.

Meine Damen und Herren,

die Vernetzung der Globalisierung ist auch der Faktor, von dem unsere exportorientierte Industrie am meisten profitiert.

Zieht die Nachfrage und die industrielle Produktion in China und in den Schwellenländern nach der Krise plötzlich wieder an, schlägt sich das sofort in den unseren Auftragsbüchern nieder. Und unsere Wirtschaft ist stark und flexibel genug, daraus den größten Nutzen zu ziehen und steht dadurch im Handumdrehen als Krisen-Weltmeister da.

Gleichzeitig zeigen sich die sogenannten „Alt-Industrien“ an Rhein und Ruhr weltweit als äußerst wettbewerbsfähig und mehr noch: Die traditionsreiche Unternehmenslandschaft wird zur Schmiede der Zukunfts- und Überlebenstechnologien, die weltweit angesichts von Klimaveränderung, Ressourcenverknappung und Umweltverschmutzung dringend gefragt werden.

Hierzu einige Beispiele für die Innovationskraft der Old Economy:

Stationäre Stromspeicher können einen wichtigen Beitrag leisten, Strom dann aufzunehmen, wenn mehr produziert als benötigt wird, und ihn bedarfsgerecht wieder abzugeben. Ein entscheidendes Kernstück dafür ist die Lithium-Ionen-Batterie. In solchen Speichern werden heute die gleichen Lithium-Ionen-Zellen verbaut, wie sie von Evonik für das Elektroauto entwickelt wurden.

Dabei haben die Entwickler gar nicht die Batterie neu erfunden – aber an entscheidender Stelle optimiert. Experten bescheinigen der Lithium-Ionen-Batterie die besten Chancen, sich im neu entbrannten Wettbewerb um Speichertechnologien durchzusetzen.

Ein anderes spannendes Thema ist das Geschäft für den weltweiten Fotovoltaik-Markt. Wir sprechen immer gerne von der Zukunftsbranche Solar. Ohne die Old Economy läuft hier aber nichts. Denn es sind Chemieunternehmen, die innovative Technologien zur energiearmen Herstellung von Solarsilizium besitzen und weiterentwickeln. Es sind Chemieunternehmen, die zugleich sehr erfolgreich unterwegs sind mit der Produktion von Chlor- und Monosilanen als wichtige Schlüsselkomponenten für die weltweite Solarindustrie. Dank unserer Forscher sind wir heute in der Lage, Monosilan mit Elektronik-Qualität für die Anwendung in der Dünnschicht-Fotovoltaik, bei Flachbildschirmen und Halbleitern herzustellen.

Dass wir da von echten Wachstumstreibern reden, unterstreichen Marktprognosen, wonach der weltweite Markt für Monosilane bis 2020 jedes Jahr um durchschnittlich 20 % zulegen wird.

Die Revolution der Erneuerbaren Energien würde auch bei der Windkraft ohne die Old Economy nicht stattfinden. Denn es sind erst innovative Hochleistungswerkstoffe, die große, stabile Rotorblätter möglich machen, die auch stärksten Winden und Stürmen standhalten.

Gewaltiges Energie-Einsparpotenzial besteht vor allem im Wohnbereich. Wärmedämmung spart zugleich bares Geld. Hier entwickelt die Chemie Dämmmaterial aus aufgeschäumten Kunststoffen. Über ihren Lebenszyklus sparen diese 233-mal soviel Treibhausgase ein, wie bei ihrer Herstellung zuvor entstanden sind. Es sind zudem Forscher aus der Chemie, die an organischen Licht emittierenden Dioden arbeiten. Die Zukunft dahinter: Tapeten, die leuchten und Strom sparen.

Auch die unter starkem Kostendruck stehende Pharmabranche ist heute mehr denn je auf Bausteine aus der klassischen Chemie angewiesen. Die Exklusiv-Synthese ist dafür ein hervorragendes Beispiel. Hier entwickeln wir als Partner der Pharmaindustrie maßgeschneiderte Molekülbausteine für verschiedene Medikamente, Wirkstoffe gegen Aids, Hepatitis C oder Diabetes. Unsere Technologie hilft, gemeinsam mit den großen Pharma-Unternehmen die großen Krankheiten unserer Zeit zu bekämpfen.

Und wenn wir schon bei den großen Problemen der Menschheit sind:

Die weltweite Bekämpfung von Hunger gehört zu Recht zu den wichtigsten Millenniumszielen der Vereinten Nationen. Wie schnell wir hier vorankommen, hängt unter anderem davon ab, wie schnell die globale Lebensmittelproduktion nachhaltig industrialisiert werden kann. Damit wir uns nicht falsch verstehen: Auch ich esse mein Frühstücksei am liebsten von freilaufenden Hühnern. Aber auch die Menschen in Schwellen- und Entwicklungsländern haben einen Anspruch auf eine hochwertige Ernährung. Dazu gehört Fleisch. Eben deshalb steigt die weltweite Nachfrage nach Aminosäuren insbesondere in der Geflügelhaltung rasant.

Es sind eben jene Tierfuttermitteladditive aus der Chemie, die eine effizientere und umweltschonendere Geflügelproduktion ermöglichen.

Meine Damen und Herren,

ausgehend von unserem historischen Erbe, dem deutschen Modell der sozialen Marktwirtschaft, sollten wir uns auf unsere Stärken besinnen:

- Auf die schöpferischen Potenziale unserer Gesellschaft, die immer vielfältiger, toleranter und weltoffener wird. Die Rede des Bundespräsidenten vom 3. Oktober hat uns und unserem Ansehen in der Welt gut getan.
- Auf die kreativen Talente unserer Universitäten, Forschungslabore und Werkhallen.
- Auf die Innovationsfähigkeit unserer Vorsprungsgesellschaft.

Nur so können wir das Wachstum unserer Volkswirtschaft und den Abbau der Arbeitslosigkeit nachhaltig verstetigen.

Ein Land wie unseres ohne große Rohstoffvorkommen braucht gute Ausbildung, Forschung und Innovationen wie Luft zum Atmen.

Und die Voraussetzungen sind gut und dürfen jetzt nicht verspielt werden:

- Im Bereich Forschung und Entwicklung zählen deutsche Unternehmen und der Industrie- und Hochschulstandort Deutschland zu den Top-Favoriten weltweit.
- Der Trumpf der Deutschen ist ihr Erfindergeist. 134.232 Patente hat Deutschland zuletzt innerhalb eines Jahres angemeldet. Das ist Weltspitze.
- Und diese Erfindungen und neuen Ideen werden immer schneller auf die internationalen Märkte gebracht.

Die time-to-market der deutschen Unternehmen hat sich in den vergangenen Jahren stark verbessert.

- Die Deutschen sind pragmatischer geworden. Nicht mehr so over-engineered.
- Das technisch Machbare, das bis zur letzten Schraube langwierig umgesetzt wird, steht nicht mehr so im Vordergrund, sondern die schnelle und präzise Beantwortung von Kundenbedürfnissen.

Meine Damen und Herren,

die chemische Industrie ist das beste Beispiel, wie in unseren vorgeblich „alten“ Industrien die entscheidenden Ideen für die Zukunft entstehen.

Mit ihren Produkten leistet die chemische Industrie intelligente Lösungen und Beiträge zu den weltweit wichtigen Megatrends. Die deutsche chemische Industrie ist ein Eckpfeiler des deutschen Innovationssystems:

- Ihr Anteil von etwa 16 Prozent an den Aufwendungen für Forschung und Entwicklung des deutschen Verarbeitenden Gewerbes ist überproportional hoch.

- Unter allen Branchen investiert die chemische Industrie am drittstärksten in Forschung und Entwicklung – nach dem Fahrzeugbau und der Elektrotechnik.
- Ein Blick auf die Patentstatistik zeigt, dass Chemiepatente für die Entwicklung neuer Technologien in anderen Industriezweigen von hoher Bedeutung sind. Die Chemie ist vor dem Maschinenbau der wichtigste Technologie-Impulsgeber in Deutschland.

Meine Damen und Herren,

diese Innovationsfähigkeit der Industrie ist die grundlegende Basis für den Erfolg unserer Wirtschaft auf den Märkten der Welt. Um diese Basis zu erhalten, brauchen wir weitergehende Investitionen in die Köpfe unseres Landes: Das heißt, vor allem in Sie, liebe Studentinnen und Studenten! Forschung und Bildung sind die zentralen Hebel einer wohlverstandenen Industriepolitik. Wir sind froh, dass die Bundesregierung in ihrem Sparpaket diese Bereiche ausgeklammert hat und weitere Anstrengungen verspricht.

Aber, meine Damen und Herren, wir brauchen in Deutschland auch mehr Aufgeschlossenheit gegenüber neuen Technologien.

Wir müssen das Potenzial neuer Technologien in Deutschland stärker nutzen. Dazu zählen beispielsweise die Nanotechnologie und die Biotechnologie.

- Beispiel Nanotechnologie: Bereits heute werden Nanopartikel erfolgreich in der Oberflächenbeschichtung eingesetzt und verleihen den Produkten revolutionäre Eigenschaften. Die Anwendungsgebiete sind weit und die Ergebnisse erstaunlich.

Es entstehen kratzfeste Autolacke und Brillengläser, ebenso wie transparente keimtötende Beschichtungen, die in Krankenhäusern angewendet werden und vor Infektionen schützen. Durch die neuen Produkteigenschaften wie Hydrophobie, extreme Haltbarkeit und häufige Wiederverwendbarkeit entstehen enorme ökologische und ökonomische Vorteile und ein eindeutiger Mehrwert für Verbraucher.

- Beispiel Biotechnologie: Die Biotechnologie ist eine wichtige Antwort auf die weltweit steigende Nachfrage nach Nahrungsmitteln und nachwachsenden Rohstoffen für die stoffliche und energetische Nutzung. Die Pflanze wird zunehmend eine wichtige Basis für die Biotechnologie und Chemie: vor allem für Arznei-, Nahrungs- und Futtermittel, Energie und Chemikalien.

Eine umfassende Risiko-Bewertung neuer Technologien nach höchsten Standards ist in der deutschen und europäischen Industrie selbstverständlich.

Das Vorsorgeprinzip darf jedoch nicht zum Innovationskiller werden: insgesamt ist ein ideologiefreier wissenschaftsbasierter Ansatz der Politik im Umgang mit neuen Schlüsseltechnologien notwendig.

Nicht **Risikoausschluss**, sondern verantwortungsbewusstes **Risikomanagement** muss die Maßgabe sein. Das beweisen wir jeden Tag im Betrieb unserer Produktionsanlagen und im Umgang mit unseren Produkten.

Dennoch müssen wir die Skepsis und die Bedenken gegenüber den neuen Technologien ernst nehmen. Es hat keinen Sinn, auf der technischen und wissenschaftlich-rationalen Seite im Recht zu sein und auf der gesellschaftlichen Ebene nicht Recht zu bekommen.

Deshalb brauchen wir einen offenen und fairen Dialog mit der Gesellschaft, der Ängste und Unsicherheiten ernst nimmt, aufgreift und zugleich das Vertrauen in die Forschung stärkt. Hier sind wir alle gefordert - Politik, Wirtschaft und auch die Medien. Dieser Dialog wird zur entscheidenden Arena im kommenden Jahrzehnt.

Unsere Wettbewerbsfähigkeit hängt davon ab, ob wir diesen Dialog ernsthaft und verständnisvoll führen. Denn die Technologie- und Innovationsfeindlichkeit hat in unserem Land mittlerweile schon die gesellschaftliche Hegemonie erreicht.

Das nenne ich neben der Abkehr von der klassischen Industrie das zweite große Missverständnis des so genannten postindustriellen Zeitalters.

Der gesellschaftliche Vormarsch der Innovationsfeindlichkeit begann vor 30 Jahren auf der linken Seite des politischen Spektrums. Kurioserweise war die politische Linke in den 1950er und 1960er Jahren bezüglich Innovationen zunächst geradezu euphorisch: Wirtschaftswachstum und technologische Innovation waren damals Inbegriffe des gesellschaftlichen Fortschrittsdenkens. Alle Kraft konzentrierte sich damals auf den Wiederaufbau. Dem entsprach die

rückhaltlose Bejahung neuer Technologien, die eine gute, eine bessere Zukunft verhiessen. Dazu gehörte auch die Kerntechnik. Mit den Wirtschaftskrisen und vor allem der Ölkrise kam der Wachstumsbegriff unter starkes ideologisches Feuer.

Die gesamte Art unseres Wirtschaftens geriet in die Kritik, weil es stark auf die Ausbeutung natürlicher Ressourcen hinauslief und rücksichtslos auf Kosten der Natur ging. Diese Kritik hatte damals ihre Berechtigung und wir sollten der Ökologiebewegung dafür sehr dankbar sein. Sie hat trotz aller Vorbehalte doch dafür gesorgt, dass der Gedanke der Nachhaltigkeit in unsere Produktions- und Wirtschaftskreisläufe viel stärker verankert wurde.

Auch in der Industrie und Wirtschaft hat die Ökologie tiefe Spuren hinterlassen.

Die Kreislaufwirtschaft ist in der chemischen Industrie schon lange Wirklichkeit.

Nehmen Sie zum Beispiel das Chloratom: Es kommt immer wieder in unterschiedlichen chemischen Prozessen und molekularen Konstellationen zum Einsatz, bevor es endgültig in einem Produkt seinen Platz findet.

Aufgrund des starken gesellschaftlichen Drucks und der scharfen Umweltregeln der unterschiedlichsten Landes- und Bundesregierungen hat sich im Bereich der Umwelttechnologien eine beachtenswerte Industrie entwickelt.

Deutschland verfügt mittlerweile über eine führende Stellung im Weltmarkt für Umwelttechnologien. Dazu gehören auch die relativ neuen Branchen Solar- und Windenergie.

US-Präsident Obama bezieht sich bei seinem milliardenschweren Programm zum Ausbau der erneuerbaren Energien ausdrücklich auf das Vorbild Deutschland. Sein ehrgeiziges Ziel: Er will die deutsche Umwelttechnologie vom weltweiten Spitzenplatz verdrängen.

Wie Sie sehen, meine Damen und Herren, **hat sich die grüne Bewegung eine Technologie zueigen gemacht**, die sie selbst gegen ernstzunehmende volkswirtschaftliche Bedenken und sogar gegen Proteste ihrer eigenen Klientel verteidigen muss.

Doch mit grüner Romantik haben Regenerative Energien wenig zu tun, zumindest wenn sie große Volumen erreichen sollen: Es sind hochtechnologische, hochindustrialisierte Komplexe unter dem Diktat von Wirtschaftlichkeit und Effizienz.

Trotz aller Auswüchse und übertriebenen Heilsversprechungen der Umwelttechnologie muss man doch anerkennend feststellen, dass die fortschrittfeindlichen Kämpfer gegen die Windmühlen von einst nun selber welche bauen. Und somit in der industriellen Wirklichkeit angekommen sind.

Auch der Gedanke der Nachhaltigkeit ist längst im Mainstream verankert:

- Der Ökologie-Diskurs stellte in den 1970er und 1980er Jahren den persönlichen Verzicht in den Mittelpunkt der Strategie: Nur wer persönlich auf Konsum, Verkehr und Energie verzichtete, konnte demnach einen Beitrag zur Rettung der Welt leisten.
- Diese Strategie stieß naturgemäß in der Konsumgesellschaft an Grenzen.
- Mittlerweile hat sich die Marke „Ökologie“ von der lustfeindlichen Verzichts- und Erziehungsideologie verabschiedet und sich fest im konsumfreudigen, preis- und qualitätsbewussten Mainstream verankert. Beispiele sind genug vorhanden in der Lebensmittel- und Automobilindustrie.

Und in der Industrie sind die Modernisierung und die Nachhaltigkeit schon lange untrennbar miteinander verbunden, da beide die Effizienz zum Ziel haben.

Effizienz der Kosten und damit auch Effizienz der eingesetzten Ressourcen und Energie.

Ich kann vor diesem Vormarsch des ökologischen Gedankenguts nur den Hut ziehen. Wir verdanken dieser Bewegung eine Menge an Innovationen.

Bei allem Einverständnis und kritischer Sympathie, die ich empfinde, blicke ich dennoch auch mit Sorge in die Zukunft.

Obwohl sie doch schon längst gesellschaftliche Hegemonie erreicht hat, feiert die Protestkultur der 70er und 80er Jahre im bürgerlichen Gewand wieder skurrile Auferstehung.

Obwohl ihm eigentlich der Gegenstand der Kritik abhanden gekommen ist, findet der Gestus der rigorosen Ablehnung neuer Industrie- und Infrastrukturprojekte und der hemmungslosen Empörungskultur immer neue Anhänger.

- Diese Fortschrittsfeindlichkeit betrifft neue Technologien und Infrastrukturprojekte genauso wie traditionelle Industrieprojekte.
- Für industrielle Groß- und Infrastrukturprojekte gibt es in Deutschland ein Akzeptanzproblem.

So sind zum Beispiel von 37 Kraftwerksprojekten nur neun im Bau.

Der Rest stockt, weil entweder die Genehmigungen versagt wurden oder die Unternehmen ihre Investitionen wegen hinhaltenden Widerstands aufgegeben haben.

- Auch der Streit um eine nachhaltige und sichere Energieversorgung, den wir in den vergangenen Wochen und Monaten in Deutschland erlebt haben, zeigt, wie weit irrationale und illusionäre Denkweisen sich weit bis in die bürgerliche Mitte vorgeschoben haben.

Thomas Schmid, Chefredakteur der WELT, hat recht, wenn er sagt: „Fortschritt erzeugt den Gegendruck derer, die sich, zu Recht oder nicht, von ihm in ihrer Existenz, ihrer herkömmlichen Lebensweise oder ihrer Gesundheit gefährdet sehen. Fortschritt ist daher, so kann man im Rückblick auf eine lange Konfliktgeschichte sagen, stets rechtfertigungspflichtig.“

Als Naturwissenschaftler kommt einem so eine Haltung der Protestler abstrus vor und abenteuerlich die Argumente. Doch wir müssen uns immer wieder überwinden – und ich versuche es redlich – uns in diese Werthaltungen einzufühlen.

Mit solchen Ängsten und Abwehrhaltungen muss immer gerechnet werden. Denn es ist eine Tatsache, dass Neues oft schon deswegen beunruhigt, weil es neu ist.

In allen Auseinandersetzungen hat sich gezeigt, dass Befürworter von Großprojekten immer gut begründete Argumente überzeugend vortragen können.

Trotzdem verstehen sie oft einfach nicht die Tiefe der Ängste und die zivilisationskritische Melodie, die ihnen entgegenschlägt.

- Während diese publikumswirksam in das schrille Tremolo der Sorge um die Menschheit und die Natur einstimmen,
- argumentierten die Befürworter von Großprojekten fast ausschließlich technokratisch.

Es ist zu oft ein Kampf der Ingenieure gegen die Theologen.

Diese Auseinandersetzung ist eine große Herausforderung.

Ingenieure vertrauen den Zahlen, sie unterliegen zu schnell den Argumentationen derer, die auf das Gefühl bauen.

Das kann nicht so bleiben. Dazu steht zuviel auf dem Spiel. Deshalb muss die Industrie – auch die chemische Industrie – selbstkritischer in den Dialog mit ihren Kritikern eintreten.

Zum anderen müssen wir – die Industrie – frank und frei die Leistungen der Ökologiebewegung einfach einmal anerkennen.

Gerade die chemische Industrie, die in den 70er Jahren an dem gleichen Pranger stand, an dem die Kernenergie heute noch immer steht, muss zugeben, dass sie die hohe Effizienz, den weitreichenden Umweltschutz und die tief verankerte Nachhaltigkeit ohne den gesellschaftlichen Druck – aus eigenem Antrieb – kaum so weit vorangetrieben hätte. Die Durchsetzung ökologischer Werthaltungen hat selbst zu erheblichen Innovationen in der Industrie geführt.

Wir müssen die Konsenskultur in Deutschland ernster nehmen. So wie der Erfolg der export- und wissensorientierten bundesdeutschen Wirtschaft auf der Durchdringung der Marktwirtschaft mit sozialen Komponenten beruht, muss die moderne Industriepolitik auch Aspekte eines nachhaltigen Wirtschaftens berücksichtigen.

Wir brauchen, wenn Sie so wollen, eine Erneuerung und Revitalisierung der sozialen Marktwirtschaft. Da müssen wir auch zuallererst mit der eigenen Mentalität anfangen.

Ich will nicht verhehlen, dass ich als Ruhrpott-Typ gelegentlich schon mal mit dem Kopf durch die Wand gehe, wenn ich etwas erreichen und durchsetzen will.

Doch manchmal übersieht man dabei die Tür, durch die man ja auch gehen könnte. Und mit der sprichwörtlichen Ruhrpott-Dickköpfigkeit kommen wir auch nicht weiter, wenn wir die Gesellschaft von der Notwendigkeit der Innovationen überzeugen wollen.

Meine Damen und Herren,

gerade jetzt, in dieser historischen Situation, in der die klassischen Industrien in Deutschland ihre Renaissance feiern können, sollten wir nicht in Selbstzufriedenheit zurückfallen, sondern uns wachsam auf die Stärken unseres Landes besinnen und genauer hinhören, was die Menschen bewegt.

Nur so lässt sich die Skepsis in Hoffnung, und die Hoffnung in Veränderungsbereitschaft verwandeln.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Kontakt: VCI-Pressestelle Telefon: 069 2556-1496 E-Mail: presse@vci.de